

## 2.5. Von allem ein bisschen, keine Bewegung?

### Eine Erwiderung

Sibylle Tönnies

Die Alternative „Ganz oder gar nicht“ stelle sich in Afghanistan nicht: Weder eine „effektive Beherrschung“ noch eine „strikte Nichtintervention“ sei das Richtige, hält Reinhard Mehring meinen Ausführungen in *WeltTrends* Nr. 70 entgegen. Aber: Will er dafür plädieren, dass ein kleines bisschen Intervention, gefolgt von einer ineffektiven Beherrschung, das Richtige sei? Mit dieser Situation haben wir es ja tatsächlich zu tun, und sie ist – um es milde zu sagen – unbefriedigend. Sie ist so unbefriedigend wie eine halbherzige Machtergreifung immer war. Man blickt ja heute nicht gern in die Geschichte; man lässt sich nicht gern von den jahrtausendealten Erfahrungen, die in Sachen Herrschaft erworben wurden, belehren. Man tut so, als gehe es gar nicht um Herrschaft, sondern um humanitäre Verbesserungen. Als wenn das notwendigerweise ein Gegensatz sei!

Statt aus der Geschichte zu lernen, läuft man Theorien hinterher, die die jetzige Konstellation als völlig neu hinstellen und dadurch suggerieren, dass die alten Erfahrungen keine Bedeutung haben. „Neue Kriege“ sagt man zu den jetzigen Problemen. Dabei ist es doch ein altes Lied: Nicht die Machtspitze eines Landes ist der Aggressor, sondern Einheiten, die ihr nicht unterworfen sind. Uns Deutschen ist diese Konstellation aus den Befreiungskriegen vertraut, und sie hat viel zu unserer Identität beigetragen: 1812, als der preußische Staat gegen Napoleon stillhielt, griffen Freicorps zu den Waffen (bis heute sind Straßen nach ihren Anführern benannt). Insofern steht Bin Laden nicht anders da als Lützows wilde, verwegenen Jagd: In beiden Fällen handelt es sich um den Versuch einer „asymmetrischen privaten Gewalt“, Herrschaft abzuschütteln. Und Napoleon wird es auch so empfunden haben.

Da man sich heute – aus politischer Korrektheit – nicht von den historischen Erfahrungen mit Okkupation belehren lassen darf, springt nicht sofort die Tatsache ins Auge, dass alle Erfahrung dagegen spricht, einen Mittelweg zwischen „strikter Nichtintervention“ und „effektiver Beherrschung“ zu gehen.

„Ganz oder gar nicht“ ist das dringende Gebot von Machiavelli – zumal für den Fall, dass „Gebiete erworben werden in einem Land von fremder Sprache, Sitte und Verfassung“. Im anderen Fall – wenn

eine gewisse Verwandtschaft zu den neuen Gebieten besteht – genügt es, „das Haus des Fürsten, der sie beherrschte, auszurotten. Die Bevölkerung wird sich ruhig verhalten, wenn man ihr in allem Übrigen ihre alten Einrichtungen unangetastet lässt und keine Verschiedenheit in den Lebensgewohnheiten besteht ... Aber wenn Gebiete erworben werden in einem Land von fremder Sprache, Sitte und Verfassung, da beginnen die Schwierigkeiten, und da gehört viel Glück und Geschick dazu, sie zu behaupten.“ Hören wir mal über das „Ausrotten“ hinweg (und ignorieren das Schicksal von Familie Saddam Hussein): Diese Unterscheidung allein hätte davor gewarnt, die guten Erfahrungen, die 1945 mit dem besiegten Deutschland gemacht wurden, auf Afghanistan zu übertragen.

Alt ist allerdings nicht nur die Unterwerfung, sondern auch das Problem, sie beim Namen zu nennen. Politische Korrektheit gab es schon immer, d. h.: Es war schon immer klug, das Ehrgefühl der Unterworfenen zu schonen und sie nicht als solche zu bezeichnen. „Wie verschleiern wir die De-Souveränisierung der eroberten Staaten?“ Diese Frage stellte sich offenbar auch schon bei der Ausdehnung der römischen Herrschaft. Denn, so heißt es bei Theodor Mommsen über die sogenannte Einigung Italiens, die tatsächlich die Unterwerfung Italiens war: „Zu Lande war der Kampf entschieden. Zum ersten Mal war Italien unter der Herrschaft der römischen Gemeinde zu einem Staat vereinigt. Welche politischen Befugnisse dabei die römische Gemeinde den sämtlichen übrigen Italiens entzog und in ihren alleinigen Besitz nahm, das heißt, welcher staatsrechtliche Begriff mit dieser Herrschaft Roms zu verbinden ist, wird nirgends ausdrücklich gesagt, und es mangelt selbst, in bezeichnender und klug berechnender Weise, für diesen Begriff an einem allgemeingültigen Ausdruck.“

Die strikte Nichtintervention verbiete sich aus humanitären Gründen, sagt Reinhard Mehring. Auch hier scheint mir eine historische Erfahrung wichtig, die in Vergessenheit geraten ist: Die „humanitäre Intervention“, die ja per definitionem nicht von Herrschaftswillen getragen ist, gilt schon seit Langem als außerordentlich gefährlich; man machte im 19. Jahrhundert (zuletzt in Bulgarien) die Erfahrung, dass sie dem europäischen Frieden gefährlicher war als der hegemonial motivierte Krieg. Eher als dieser wurde sie dann auch völkerrechtlich geächtet, endgültig im Berliner Frieden 1878. Der Angriffskrieg wurde dagegen erst 1919 im Völkerbund und 1928 im Kelloggspakt verboten. Die „humanitäre Intervention“ (auch das kann man bei Carl Schmitt nachlesen) ist schwer zu beenden und birgt eine hohe Eskalationsgefahr in sich. Das können auch wir Heutigen bezeugen: Man erinnere sich daran, wie

1999 sowohl die NATO als auch die russische Armee den Belgrader Flugplatz beanspruchten und den westlichen Truppen befohlen war vorzurücken. Nur dadurch, dass General Michael Jackson – auch diesem Träger des großen Namens gebührt ein Denkmal – diesen Befehl verweigerte, wurde die Eskalation auf Weltebene vermieden.

Hans J. Gießmann und Erhard Crome möchte ich zugestehen, dass mein Wort vom „humanitären Niveau des Kolonialismus“ ein Fehlgriff war. Der Kolonialismus war unter günstigen Umständen leichter zu ertragen als die Anarchie, die das *Police Bombing* einführt, hätte ich sagen und hinzufügen sollen: Aber diese günstigen Umstände lagen meistens nicht vor.

Der Dissens zwischen Cromes und meiner Auffassung ist insoweit unvermeidlich, als wir die Stärke der USA unterschiedlich einschätzen. Geht man, wie er, davon aus, dass der Stern der USA im Sinken und der Krieg gegen die Afghanen unter gar keinen Umständen zu gewinnen ist, muss man allerdings energisch für den schnellen Abzug aller Truppen plädieren.

Crome hält die militärische Unterbesetzung gar nicht für maßgeblich. Warum legt er andererseits so viel Wert darauf, ihre Gründe darzulegen? Es sind gesellschaftliche Gründe, sagt er; die westlichen Gesellschaften haben keine imperialistischen Ambitionen. Wenn man diesen Aspekt ernst nimmt, stellt sich die wichtige Frage: Wäre es besser, sie hätten sie? Anstelle des *Police Bombing* von der Luft aus, das nicht in die politische Verantwortung zwingt? Crome hält sich in dieser Frage bedeckt. Er begründet das *Police Bombing* mit dem Mangel an kämpfenden Truppen: „Es ist keine Frage der Wahlfreiheit der heutigen Kriegsführer, sondern ihrer wirtschaftlichen, politischen und innergesellschaftlich-moralischen Ressourcen. Die Gesellschaften wollen weder solche Kriege führen noch Kolonialherren sein, weshalb ein Anspruch, als ‚erobernder Kolonialist‘ aufzutreten, jenseits jeder politischen Begründbarkeit steht.“ So ist es. Aber was ist mit uns – mit Crome, Gießmann, Mehring und Tönnies (mal beispielsweise)? Wir sind doch Teil der „innergesellschaftlich-moralischen Ressource“ und stehen deshalb am Anfang der Ursachenkette. Falls nun einer von uns zu der Auffassung gekommen ist, dass das Stigma des „erobernden Kolonisten“ (vielleicht durch die Einrichtung eines internationalen Protektorats) beseitigt und stattdessen das *Police Bombing* geächtet werden muss – dann sollte er (oder sie) doch keine Scheu haben, jenseits der derzeitigen „politischen Begründbarkeit“ Stellung zu nehmen. Wie soll denn Bewegung in die Sache kommen, wenn man nur das zur Zeit gerade „politisch Begründbare“ vorträgt? 🌐